

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM mit Zustagen; einzelne Nummern 15 Pf.
: Gemeinde-Verbands-Girokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Pettizeile 20 Reichspfennige, Eingeladnt und Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Selig Sebn. — Druck und Verlag: Carl Sebn. in Dippoldiswalde.

Nr. 265

Donnerstag, am 13. November 1930

96. Jahrgang

Maul- und Klauenseuche

Ist unter dem Klauenseuchepandemie der Wirtschaft Hermann Pöschel's Erben in Altenberg Nr. 209 ausgebrochen. Sperrbezirk: das verfeuchte Gebiet und die Gehöfte der Wirtschaftsbesitzer Otto Knaube 209 G und Otto Knaube 209 D. Beobachtungsgebiet: Die Stadt Altenberg. Schutzzone: die zum Amtsgerichtsbezirk Altenberg gehörenden Ortschaften.
Für den Sperrbezirk gelten die §§ 160—164, für das Beobachtungsgebiet die §§ 166 und 167 und für die Schutzzone § 169 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 25. Dezember 1911 — RGBl. 1912 S. 3 ff.
Im übrigen ist nach § 164 der Bundesratsvorschriften Schächtern, Viehhaltieren sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Kleinvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in Seuchengebiete verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 74 Abs. 1 Ziffer 3 des Viehseuchengesetzes bestraft.
O. 7 Ts.
Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 12. November 1930.

Bersteigerung.

Freitag, am 14. November d. J., vormittags 10 Uhr, sollen in Reichstädt (Sammelort der Bieter: Schäfers Gasthof)
1 Radio-Apparat mit Lautsprecher (4 Röhren) und 1 Warenverkaufstisch
und nachmittags 3 Uhr in Kuppendorf (Sammelort der Bieter: Querners Restaurant)
1 Sofa, 1 Küchenbüfett, 1 Brettwagen (Einspänner) und 1 Kartoffelausmachmaschine
öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Bersteigerung

durch Finanzamt Dippoldiswalde.
Sonnabend, am 15. November 1930, vormittags 10 Uhr, sollen im Oberen Gasthof De Lisa
1 Anhänger-Wagen für Kraftwagen
öffentlich versteigert werden.
Dippoldiswalde, am 12. November 1930.
Finanzamt Dippoldiswalde.

Deutliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Trotz hohen Barometerstandes bleibt das Wetter weiter unfreundlich. Die Sonne wagt sich nicht aus den Wolken hervor, der Wind bläst immer noch ziemlich lebhaft und rauh durch die Straßen. Nach der Wettervorhersage soll es überdies wieder noch schlechter werden. Solches Wetter ist für den Zeppelinflug am Sonntag nach Chemnitz wenig geeignet. Vor 14 Tagen waren aus unserer Gegend eine große Zahl Motorräder und Kraftwagen dorthin gefahren, bessert sich das Wetter nicht, so werden sich diesmal aber doch wohl viele überlegen.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 15. Stadtverordnetenversammlung Freitag, den 14. November 1930, abends 8 Uhr. Öffentliche Sitzung: Kenntnisnahme von der Abrechnung über den Herbstjahrmarkt. — Desgl. Wegebaubehörfnisse betr. — Desgl. Umschulung der Gemeinde Berentz. — Ausbau der Gartenstraße. — Bauvorschriften für das Baugelände zwischen Rodenauer- und Lohpertenstraße. — Städtische Bebauungspläne. — Finanzstelle Beteiligung der Landesbauparkasse Sachsen. — Anordnung der Beschulung der gemeindlichen Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer betr. — Nichtöffentliche Sitzung.

Reichstädt. Forstverwalter Dittmann, hier, der vor kurzem sein 25-jähriges Dienstjubiläum bei der hiesigen Ritterguts-Forstverwaltung begehen konnte, wurde von der Forstverwaltung für Fortwirtschaf für die langjährigen treuen Dienste das tragbare Ehrenzeichen in Bronze nebst Urkunde verliehen.

Seifersdorf. Im Erdgerichtsgasthofe hielt am Dienstagabend im Landwirtschaftlichen Verein Seifersdorf und Umg. Lehrer Fischer, Paulsdorf, der sich schon durch frühere Vorträge bekannt gemacht hat, einen Lichtbildervortrag, betitelt: „Rund um Italien“, dem Selbstverlebens und Selbstgeschautes einer vierwöchentlichen Studientour im Jahre 1924 zu Grunde gelegt war. An Hand von gegen 200 Lichtbildern führte Lehrer Fischer die aufmerksamen Zuschauer durch das Eldorado des Südens, durch ganz Italien mit seinem Zauber und seinen Kunstschönheiten an Bauten usw. Doch auch die Gefahren im Umgang mit der Bevölkerung und die an den Fremden gern verübten Uebervorteilungen: Schilder der Redner. Zum Schluß zeigte Lehrer Fischer die Schönheiten des deutschen Waldes, die einem jeden, der in der südlichen Fremde weilt, gar bald fehlen, und die auch ein Italiener mit seinem tropischen Pflanzenreichtum nicht ersetzen kann. Reicher Beifall wurde dem Ausführlichen geollt, der leider am 15. ds. Mts. weggeht und nach Dresden übersiedelt.

Hermsdorf i. Erzgeb. Das im Orte allgemein geschätzte und geachtete Robert Kirstensche Ehepaar konnte am Freitag im Kreise der Kinder und Enkel das goldene Ehejubiläum feiern. Die kirchliche Einsegnung vollzog Pfarrer Schubert. Das Landeskonsistorium ließ durch ihn eine Ehrenurkunde über-

Der Kampf um den Preisabbau

Reichskabinett und Preisentung. — Öffentl. Bekanntgabe der Widerstrebenden?

Berlin, 13. November

Wie wir erfahren, besteht der Ausschuss zur Förderung der Preisentung, den das Reichskabinett in seiner letzten Nachtsitzung eingeseht hat, aus dem Reichszankler, dem Reichsernährungsminister, dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und dem preussischen Handelsminister. Die Einsetzung dieses Aktionsausschusses hat den Sinn, daß die Preisentung mit aller Energie weiterbetrieben werden soll. Das geht auch daraus hervor, daß der Reichszankler selbst an der Spitze des Ausschusses steht.

Der Ausschuss wird am heutigen Donnerstag zum ersten Male zusammentreten, um zunächst die Möglichkeiten festzustellen, die für eine wirkungsvolle Ausdehnung der Preisentung gegeben sind. Er wird also untersuchen, mit welchen Organisationen verhandelt werden muß und welche Möglichkeiten der Regierung in jedem einzelnen Falle zur Verfügung stehen, um ihre Absichten auch dann durchzusetzen, wenn sich Widerstände bemerkbar machen.

In politischen Kreisen wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die für die ganze politische und wirtschaftliche Entwicklung so überaus wichtige Aktion des Kabinetts auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda unterstützt werden muß, durch die bekannt werden, wo die Preise billig sind und wer sich einer Preisentung entgegenstellt. Diese Methode hat die englische Regierung vor einigen Jahren in einer ähnlichen Situation mit erheblichem Erfolg angewandt. Dabei ist zum Beispiel auch der Rundfunk zur Bekanntgabe von billigen Beschäften benutzt worden.

Auf der anderen Seite können diese selbst die Bewegung durch deutliche Preisbekanntgabe in den Schaufenstern usw. unterstützen. Dabei muß auch beachtet werden, daß eine der Voraussetzungen des Gelingens der Aktion die Rückkehr zur Pfennigrechnung ist. Wenn beispielsweise der Straßenbahn-Tarif 25 Pfennig beträgt und eine Senkung auf 20 Pfennig ausgeschlossen sein sollte, so muß die Frage geprüft werden, ob nicht eine Verbilligung des Fahrpreises auf 25 Pfennig erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang taucht natürlich auch die Frage der Ausgabe neuer Dreier- und Vierpfennigstücke wieder auf. Besondere Möglichkeiten sieht man in unterrichteten Kreisen auch in der Mitwirkung der Städte, deren Aufgabe es sein muß, den Rahmen, den die Reichsregierung für die Preisentung zieht, durch Einzelmaßnahmen auszufüllen. Es ist anzunehmen, daß sich der Ausschuss des Reichskabinetts in den nächsten Tagen mit allen diesen Fragen beschäftigen wird, um schon in kurzer Zeit eine stärkere Aktion der ganzen Preisentungsbewegung herbeizuführen.

Maßnahmen der Städte

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. M u l l e r t, legt die Preisentungsaktion des Städtetages durch ein Rundschreiben an die Oberbürgermeister der im Deutschen Städtetag vereinigten Städte fort. Es heißt darin u. a.:

„Es muß mit allem Nachdruck versucht werden, die überhöhten Gewinnspannen, insbesondere auch durch örtliche Einwirkung, herabzudrücken. Es ist heute nötiger als zu irgendeinem Zeitpunkt in den letzten Jahren, örtlich für eine klare Preisberichterstattung zu sorgen und die Öffentlichkeit von den tatsächlich bestehenden Preisunterschieden in geeigneter Form zu unterrichten. Besonders geeignet erscheinen hierfür laufende Veröffentlichungen der Brot- und Gebäck- sowie der Kartoffel- und sonstigen Preise, und zwar namentlich der niedrigsten Preise unter Nennung des betr. Stadtteils und der betr. Straße, wo die Feststellung getroffen war. Ebenso ist es erforderlich, durch Verhandlungen mit den Innungen, Händlerorganisationen und Konsumvereinen zu einer Klarstellung und Senkung der Brutto-

verdienstspanne zu kommen und die gegenwärtigen Spannen durch Vergleich von Stadt zu Stadt nachzuprüfen. Gleiche Maßnahmen erscheinen auch hinsichtlich der Mehl- und Kartoffel-Ein- und Verkaufspreise und der Preise anderer wichtiger Lebensmittel nötig.“

In einzelnen Städten haben bereits erfolgreiche Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, Gewerbe, Handwerk und Handel stattgefunden; es gilt, gleiches überall zu erreichen. Die Städte werden sich dieser überaus wichtigen Frage mit aller Energie annehmen und rufen die Öffentlichkeit, insbesondere die Verbraucher selbst, die es am unmittelbarsten angeht, auf, sie in dieser Frage, die Stadt und Land in gleicher Weise angeht und nur von Stadt und Land gemeinsam gelöst werden kann, nach Kräften zu unterstützen.“

Preisentung für Obst und Gemüse

In Fortführung der von der Reichsregierung eingeleiteten Preisentungsaktion fand im Ernährungsministerium eine Besprechung über die Preisentung für Obst und Gemüse statt, an der u. a. auch Vertreterinnen der Hausfrauen teilnahmen.

Die Verbände des Handels, der Waren- und Kaufhäuser sowie die Konsumvereine haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, keine Opfer zu scheuen, um die Preise auch für Obst und Gemüse zu senken, um damit der allgemeinen Notlage zu steuern und zu einer nachhaltigen Besserung unserer allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gelangen.

Die Verbände haben sich entschlossen, unverzüglich auf ihre Unterverbände und Mitglieder einzuwirken, daß diese unter Berücksichtigung der Einkaufspreise und der auf den Waren ruhenden Lasten sowohl im Groß- wie im Kleinhandel schärfstens kalkulieren, um die Handelsspanne beträchtlich zu senken.

Es ist zu erwarten, daß auch auf diesem Gebiete die Senkung der Preise, die nach Behauptung der Verbände von ihnen schon vor etwa 14 Tagen freiwillig eingeleitet ist, einen weiteren Fortgang nehmen wird.

Billigere Kartoffeln

Die mit dem Kartoffel-Groß- und Kleinhandel über die Senkung der Kartoffelpreise geführten Verhandlungen haben ergeben, daß auch der Kartoffelhandel bereit ist, der allgemeinen Wirtschaftslage Rechnung tragend einen Abbau der Preise vorzunehmen.

Der Kartoffel-Kleinhandel wird in Berlin im allgemeinen für Speisekartoffeln bei Abgabe von 10 Pfund folgende Preise berechnen: Für weiße Kartoffeln 25 Pfg., für rote und blaue Kartoffeln 25 Pfg., für gelbe Kartoffeln 30 Pfg. Bei jeinfarbigem Abgabe wird ein entsprechender Abschlag gewährt.

Bei Bemessung dieser Preise ist von einem durchschnittlichen Erzeugerpreis für Kartoffeln an märkischer Station von 1,40 bis 1,50 für den Zentner ausgegangen worden. Die durchschnittliche Gesamtbruttohandelspanne ist bei 10-pfundweisem Verkauf durch den Kleinhandel gegenüber dem im Oktober d. J. berechneten Gesamtspanne um 60 Pfg. für den Zentner ermäßigt worden.

Die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser haben ihre Preise für Kartoffeln ebenfalls ermäßigt.

Preisentung in der Elektroindustrie

ab 15. November 1930

Berlin, 13. November.

Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

„Die elektrotechnische Industrie hat in Verfolg ihrer Ankündigung vom 13. Oktober beschlossen, schon mit Wirkung vom 15. November 1930 ab die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltgeräte um fünf Prozent zu senken.“

Wetter für morgen:

Zumeist stark bewölkt, zeitweise auffrischende Winde aus westlichen Richtungen, Temperatur-Verhältnisse wenig geändert, zeitweise Niederschläge.

reich und Reichspräsident von Hindenburg sandte ein Ehren-diplom. An der Jubelfeier nahm die Einwohnerschaft des Ortes regen Anteil.

Dresden. In der Dienststrasse gegen den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Sachsen Tempel ist Termin vor der Disziplinarkammer auf Montag, den 8. Dezember, bestimmt worden.

Jittau. In Friedersdorf bei Jittau mußte am Mittwoch nachmittag ein französisches Flugzeug der Luftlinie Warschau

Paris infolge Betriebsstoffmangels eine Notlandung vornehmen. Die Landung ging glatt vonstatten. Personen- oder Sachschaden wurde nicht angerichtet.

Artikel
rhoben.)

und
opti-
gen.
und
An-
orden
gen,

le Mode
machen
tiert sich
isten ab-
müchte
das fast
sten zeigt,
sten am
ie höher
für die
ist und
de Form
ar Schul-
en einer
in der
müchte.
h wieder
u ist die
obgleich
nden ist.
s keine
iblich das
en, zeigt
ar Pelz-
Wieder-
elegante
Da er
s Brot
mein ein-
t langen
Winters
it durch-
Gelegen-
wie zum
gut wie
n Kreis.
r Saison
man sich
de Frische
ere Auf-
Winter
und nette
Altmeister

eilhafteste
us Bann

Stützen-
ausläuft,
e schmale
pige über
e Zeltung

Spitzen

iststelle.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 265

Donnerstag, am 13. November 1930

96. Jahrgang

Kurze Notizen

In den in Essen eröffneten Einigungsverhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau beharrten die Gewerkschaften auf ihrer Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, eine Forderung, die der Zechenverband ablehnt. Wird keine Einigung erzielt, so soll eine Schlichterkammer die Angelegenheit entscheiden.

Nachdem die „Rote Fahne“ wegen eines Artikels, in dem der tätliche Angriff auf Jörgelbeil begrüßt wurde, auf eine Woche verboten worden ist, wurde gegen drei Redakteure des Blattes Anklage wegen öffentlicher Beleidigung und Vergehens gegen das Republikshutzgesetz erhoben.

Der Prinz von Wales unternahm einen Flug mit dem deutschen Flugzeug „Do. X“. Nach einem halbstündigen Flug landete der „Do. X“ wieder glatt an seinem Ankerplatz.

Die politische Lage in Belgien hat keine Aenderung erfahren. Der König hat noch keine politische Persönlichkeit zu sich berufen, jedoch hat der König den Minister des Auswärtigen, Hymans, und den Bürgermeister von Brüssel, Mag, empfangen.

Verfassungsrevision

Von Ernst Hingmann, M. d. R.

Der der unentwegten sozialdemokratischen Parole für die Erhaltung des bestehenden parlamentarisch-demokratischen Systems die Forderung: „Los vom parlamentarischen, hin zum konstitutionellen System“ entgegenstellt und Stärkung der Regierungsgewalt, Einbau einer wirklichen zweiten Kammer, Schwächung der Allgewalt des Parlaments fordert, der darf nicht überall auf restlose Zustimmung in bürgerlichen Kreisen rechnen. Zweifel über die großen Mängel des gegenwärtigen parlamentarischen Systems bestehen hier zwar nicht, aber es werden doch vor allem Bedenken taktischer Art geltend gemacht.

Man sagt: „Der Zeitpunkt zur Aufrollung dieser Frage sei verfehlt. So schwierig sei die auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiet unmittelbar vor uns liegende Aufgabe, so viel gefährlicher Mühsal sei in diesen Problemen der Lohn- und Preislenkung, der Steuer- und Sozialpolitik usw. usw. enthalten, daß keinesfalls jetzt noch eine andere große Streitfrage: die der Verfassungsrevision, aufgeworfen werden dürfe.“

Ich verkenne die Bedeutung der finanziellen und wirtschaftlichen Gegenwartsaufgabe wahrhaftig nicht. Ich behaupte aber, daß alle Bemühungen zu ihrer Lösung unfruchtbar bleiben werden, wenn das „System“ nicht geändert, wenn also die Weimarer Verfassung nicht revidiert wird. Was nützt uns denn das ganze Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung, was nützt uns alle Anstrengungen, die jetzt zur Sanierung gemacht, was nützt alle Opfer, die für sie gebracht werden, wenn das alles lediglich ein einmaliges Aufraffen bleibt? Das haben wir schon einmal getan im Herbst 1923. Auch damals ist in höchster finanzieller und wirtschaftlicher Notzeit durch entschlossenes Handeln der Regierung und vorübergehende Selbstauschaltung des Parlaments der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch verhindert worden. Schwere Opfer wurden damals für diese Sanierung gebracht. Raum aber war die Notzeit überwunden, kaum war das Parlament wieder voll eingeschaltet, also das parlamentarische System der Weimarer Verfassung wieder in Tätigkeit, da wurde in unglaublich kurzer Zeit der unheilvolle Weg beschritten, der uns Ende 1929 und jetzt im Herbst 1930 in verschärfter Form zum zweiten Male wieder unmittelbar vor den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gestellt hat. Diese Erfahrung sollte wahrhaftig genügen. Ich meine, sie zwingt dazu, gleichzeitig mit den für den Augenblick zu treffenden finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen die Sicherheit für die Zukunft zu schaffen, die eine gleiche rückläufige Entwicklung wie in den Jahren nach 1923 verhindert. Nur eine Systemänderung kann diese Sicherheit schaffen. Ein Teil, und zwar ein ganz wesentlicher Teil der Gegenwartsaufgabe ist daher die Revision der Weimarer Verfassung. Gewiß, sie ist eine Streitfrage, aber nicht eine abseits von der jetzt durchzuführenden Auseinandersetzung liegende Sonderfrage, die irgendwann einmal gelöst werden kann, sondern die politische Gegenwartsaufgabe, die jetzt gelöst werden muß.

well ohne ihre Lösung der andere, der finanzielle und wirtschaftliche Teil der Gegenwartsaufgabe dauerhaft nicht gelöst werden kann.

Ich frage weiter: Ist wirklich der Zeitpunkt, die Frage anzupacken, ungeeignet? Die Dinge liegen doch so: Verschleibt man die Revision auf sogenannte ruhige Zeiten, dann geschieht, davon bin ich überzeugt, praktisch ganz sicher nichts, sondern alles wird in Väterkonferenz, Ausschußverhandlungen, Entschleisungen und guten Worten begraben, weil eben dann der Fehler des herrschenden Systems sich nicht föhrend bemerkbar macht. Heute sieht jeder, der sehen will, diesen Fehler, sieht jeder, daß das nach der Verfassung bestehende parlamentarische System praktisch nicht arbeitet. Selbst seine wärmsten Verteidiger müssen heute, genau wie im Herbst 1923, anerkennen, daß die Dinge rein parlamentarisch nicht gemeistert werden können. Sie haben es anerkannt durch ihre Haltung zu den nach der Auflösung des Reichstages erlassenen Notverordnungen, durch ihre Zustimmung zur Vertagung des Reichstages, genau so, wie sie es im Winter 1923/24 durch die Ermächtigungsgesetze anerkannt hatten. Damals wurde die Gelegenheit, Dauerhilfe zu schaffen, verpaßt. Sie darf jetzt nicht zum zweiten Male verpaßt werden. Wird sie auch jetzt wieder nicht genutzt, dann fürchte ich, werden noch größere Teile des bisher positiv zum Staat eingestellten Bürgertums in das Lager derer abwandern, die noch viel radikalere Aenderungen als eine den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts Rechnung tragende Verfassungsrevision wollen. Dann fürchte ich, wird es nicht zu einer Stärkung der konstitutionellen Verfassung und also zu einer Stärkung und Festigung der Reichsgewalt kommen, da jeder Versuch auf der einen Seite eine Gegenaktion der anderen Seite auslösen muß.

Deshalb sollte die der Stunde gerecht werdende Forderung: „Revision der Verfassung vom parlamentarischen zum konstitutionellen System“ aktiv angepackt werden von allen Parteien, die eine im Innern und nach außen aktionsfähige Reichsgewalt wollen.

Schober über die Wahlen

Er glaubt an eine starke bürgerliche Mitte

Wien, 13. November.

Der frühere Bundeskanzler Schober äußert sich in der „Neuen Freien Presse“ über den Wahlausgang, vor allem über die Erfolge des sogenannten Schober-Blocks. Der erzielte Anfangserfolg verbürge nach seiner Meinung bei entsprechender weiterer Arbeit eine erfolgreiche Durchführung der Idee, zwischen den beiden großen Parteien eine bürgerliche Mitte aufzurichten, welche den Sammelpunkt bilden könne für alle, denen Freiheit, Gesetz und Ordnung Leisten gebühren und die die wirtschaftlichen Interessen allen politischen Fragen voranstellen. Jedenfalls berechtige der Wahlausgang zu dem Entschluß, die begonnene Arbeit fortzusetzen und der österreichischen Volkswirtschaft eine bessere Zukunft zu bereiten.

Litauische Provokationen

Im neu eröffneten Memelländischen Landtag

Memel, 13. November.

Der neugewählte Memelländische Landtag hielt seine erste Sitzung ab. In seiner Eröffnungsansprache erklärte Gouverneur Merkys u. a., von den autonomen Organen sei dem Memelstatut nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden. So wolle z. B. noch nicht ein Gesetz herausgegeben werden, welches die Verfassung und Zuständigkeit der Gerichte neu regelt. Von Beamten und Angestellten der öffentlichen Stellen würden noch nicht beide Amtssprachen beherrscht. Auch in den Schulen würde der litauischen Sprache noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Da eine große Anzahl der Lehrer wie Richter ebenfalls noch immer nicht die litauische Sprache beherrschten, müsse hier endlich Wandel geschaffen werden. Die litauische Regierung verfolge aufmerksam das Leben des Memelgebiets und seine Tendenzen, da es ihr nicht gleichgültig sein könne, welche Richtung es einschläge.

Nach dieser Rede, die von der Versammlung schweigend entgegengenommen worden war, verließen Gouverneur Merkys und der Präsident des Landesdirektoriums, Reising, der mit ihm zusammen im Sitzungssaal erschienen war, den Saal.

Es folgte darauf die Wahl des Präsidiums. Zum Präsidenten des Landtags wurde der bisherige Präsident von Dreßler gewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurde zum ersten Vizepräsidenten der Abgeordnete Meyer. Zweiter Vizepräsident wurde mit 6 Stimmen ein litauischer Abgeordneter. Im ganzen waren hier 29 Stimmen abgegeben worden; 22 Zettel waren unbeschrieben, und ein Zettel lautete auf einen anderen Namen. Nachdem die Präsidiums- und Bürowahlen beendet waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Friedensrede des Prinzen von Wales

London, 13. November.

Der Prinz von Wales sagte in einer Rede anlässlich des Waffenstillstandstages: Wir wollen keinen neuen Krieg und müssen unser Neuhertest tun, einen neuen Krieg zu vermeiden. In der Vergangenheit waren Nationen fähig, leichtem Herzens zu den Waffen zu greifen, offenbar weil die jeweils heranwachsende Generation sich die Schrecknisse nicht klar machte, die sich vor ihrer Entstehung ereignen hatten. Heute ist das nicht mehr im gleichen Maße der Fall, aber es besteht doch die Gefahr, daß die heranwachsende Generation wenig oder gar nichts über den Weltkrieg lernt. Für solches Wissen zu sorgen, ist die Aufgabe der ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Eröffnung der Indientkonferenz

London, 13. November.

Die Eröffnung der Indischen Konferenz am Runden Tisch fand unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit statt. Dichte Menschenmengen drängten sich in den dem Oberhaus benachbarten Straßen und sammelten sich am Eingang zur königlichen Galerie, um die Ankunft des Königs und der zahlreichen Delegierten zu verfolgen. Kurz vor 12 Uhr erschien der König, von der Menge lebhaft begrüßt.

Das Schauspiel des Zusammentritts der Konferenz in der königlichen Galerie des Oberhauses war trotz seiner Einfachheit überaus eindrucksvoll. Zum ersten Male in der Geschichte der britischen Verbindung mit Indien führte ein König von England als König und Kaiser von Indien den Vorsitz in einer Konferenz, die zusammengetreten war, um ein für das britische und das indische Reich gleich bedeutendes Problem zu behandeln.

Die historische Halle war bis zur äußersten Fassungskraft gefüllt. Unmittelbar zur Rechten des Thrones saßen die regierenden indischen Fürsten und ihre Minister, zur Linken der Premierminister und andere Staatswürdenträger. Vor dem Thron hatten die britisch-indischen Delegierten Platz genommen.

In der Konferenz nehmen 57 Delegierte aus Britisch-Indien, 16 Delegierte der autonomen indischen Staaten und 13 Vertreter Großbritanniens teil.

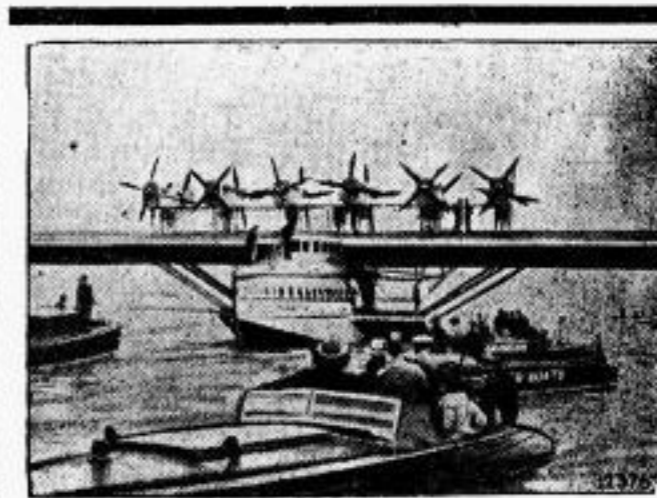
Die Rede des Königs.

Der König eröffnete die Indientkonferenz mit einer Ansprache, in der er erklärte, es sei nicht erstaunlich, daß es sich jetzt als notwendig erwiesen hat, die Ergebnisse der vor zehn Jahren begonnenen Entwicklung zu prüfen und für die Zukunft vorzubauen. Die Anwesenheit der Vertreter der im britischen Reich vereinigten Brüderstaaten sei von glücklicher Vorbedeutung. Er werde den Verlauf der Verhandlungen nicht ohne Besorgnis, aber mit noch größerem Vertrauen verfolgen. Er nehme Anteil an den materiellen Lebensbedingungen seiner indischen Untertanen und denke auch an die gerechten Forderungen der Mehrheiten und der Minderheiten, der Stadtbewohner und der Aderbauern, der Starken und der Schwachen, der Reichen und der Armen, aller Rassen und aller Sekten. Alle diese Dinge gingen ihm sehr zu Herzen. Er zweifle nicht daran, daß die wahre Grundlage jeder unabhängigen Selbstregierung die Zusammenfassung aller dieser so verschiedenartigen Forderungen sei und hoffe, daß die auf einer solchen Grundlage errichtete künftige Regierung Indiens allen ehrlichen Bestrebungen des Landes Genüge tun werde.

Nach der Rede des Königs schlug der Maharadscha von Patia Macdonald als Vorsitzenden der Konferenz vor. Aga Khan unterstützte diesen Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde.

Hierauf erhob sich Macdonald zu einer Ansprache in der er unter anderem erklärte: Die Verantwortung lastet schwer auf uns allen; denn wir erleben jetzt die Geburtsstunde einer neuen Geschichtsperiode. Wir sind zusammengetreten, um zu versuchen, durch Ueber-einkunft festzustellen, daß Indien in seiner verfassungsmäßigen Entwicklung einen gewissen Höhepunkt erreicht hat. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist riesengroß. Es sind miteinander im Widerspruch befindliche Interessen vorhanden, die sich bisher als unversöhnlich erwiesen haben. Laßt uns des Problems gegenüber treten als Männer, die entschlossen sind, sie zu überwinden. Dinge sind in der Vergangenheit gesagt worden, sei es im Zorn, in Blindheit oder um Unheil zu stiften, die wir an diesem Tisch besser vergessen.

Der Maharadscha von Kaschmir führte u. a. aus: Verbündet durch Vertrag mit der britischen Krone und innerhalb unserer Gebiete unabhängige Herrscher, sind wir hiehergekommen im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit gegenüber anderen Staaten und gegenüber ganz Indien. Als Alliierte Großbritanniens hatten wir fest an unserer Verbindung mit dem britischen Reich. Als Indier treten wir, loyal gegenüber dem Lande unserer Geburt, ebenso fest wie der übrige Teil unserer Landsleute dafür ein, daß unser Land eine Stellung der Ehre und Gleichberechtigung in britischen Gemeinwesen der Nationen genießt. Unser Wunsch, nach bestem Vermögen mit allen Teilen dieser Konferenz zusammenzuwirken, ist aufrichtig. Wir sind hier nicht als kriegsführende Mächte versammelt, um einen Frieden zu diktieren oder um einen solchen Frieden anzunehmen, sondern Partner, die zusammengetreten sind, um unsere gegenseitigen Interessen dem gemeinsamen Nutzen anzupassen. Wir Fürsten bekräftigen, daß diese Konferenz nicht durch unsere Schuld fehlschlagen wird.



„Do. X“ im Hafen von Calshot.



Hochwasser auch in Paris.

Der Fluß Perres, ein Nebenfluß der Seine, ist über die Ufer getreten und hat die Ortschaft Belleplac bei Paris vollkommen übersutet.

